

KREBSRISIKO

## Forscher wollen Glyphosat-Zulassung stoppen

Fördert das Unkrautgift doch Krebs? 96 Wissenschaftler werfen deutschen Behörden, die es als harmlos eingestuft haben, Fehler vor. Noch kann die EU Glyphosat verbieten.

VON Alina Schadwinkel | 30. November 2015 - 10:46 Uhr

© PHILIPPE HUGUEN/AFP/Getty Images

Ein Landwirt sprüht Pestizide auf sein Feld in Bailleul, Nordfrankreich.

Glyphosat ist ein Gesundheitsrisiko für Menschen – ist es nicht – ist es doch – ist es? Seit Monaten streiten Forscher und Politiker vehement um das Unkrautgift, das auf Europas Feldern zum Einsatz kommt. Nun haben sich 96 renommierte Wissenschaftler in einem offenen Brief zu Wort gemeldet, der ZEIT ONLINE in englischer Sprache vorliegt ([Download hier](#)).

Die Forscher seien ernsthaft besorgt über die wissenschaftliche Bewertung der Substanz seitens der offiziellen Prüfbehörde. Deren Bericht führe in die Irre, was die potenziell krebserregende Gefahr durch Glyphosat angeht. Kurz: Ihrer Meinung nach sollte es verboten werden.

Damit haben die Wissenschaftler die nächste Runde im Streit um die Glyphosat-Neuzulassung eingeläutet. Glyphosathaltige Mittel, wie das Herbizid Roundup, töten Unkraut auf Raps-, Mais- und anderen Nutzpflanzen-Äckern. Auch im Gartenbau werden sie gegen unerwünschte Wildpflanzen eingesetzt. Derzeit ist das noch bis Mitte 2016 erlaubt. Was danach gilt, ist unklar.

Die entscheidenden Fragen: Welches Gesundheitsrisiko birgt Glyphosat für Menschen? Erhöht es das Risiko, an Krebs zu erkranken? Zwar gibt es unzählige Studien dazu, doch die widersprechen sich. Mehrfach wurden sie von verschiedenen Institutionen ausgewertet. Dennoch steht eine brauchbare abschließende Bewertung aus. Währenddessen mehren sich Ungereimtheiten, wie die wissenschaftliche Einschätzung des Mittels bisher zustande kam. Sogar von möglichem Betrug war die Rede.

Involviert waren bislang drei Organisationen: Die IARC, die als internationale Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unabhängig Glyphosat-Studien ausgewertet hat. Das deutsche Bundesinstitut für Risikoforschung (BfR) als offizielle Prüfbehörde seitens der EU sowie die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa), deren Bewertung als maßgeblich für die Entscheidung über die Neuzulassung gilt.

**Vieles spricht gegen das Mittel**

Deren Streit über die Risiken von Glyphosat war im vergangenen März entbrannt. So hatte die WHO den Stoff als "wahrscheinlich krebserregend" klassifiziert, das BfR hingegen als "nicht krebserregend". Seitdem versuchen Forscher und Politiker zu klären, wer recht hat. Viele Indizien sprechen gegen die Substanz. Dennoch hatte die Efsa sich Mitte November für eine Verlängerung der Zulassung ausgesprochen; zum Entsetzen vieler Forscher, die den Stoff seit Jahren untersuchen.

96 von ihnen sahen sich deshalb gezwungen, den nun veröffentlichten Brief zu verfassen. Darunter Epidemiologen, Toxikologen, Statistiker und Molekularbiologen aus 25 Ländern. Drei Punkte kritisieren sie besonders:

- \* Die weltweit besten Wissenschaftler auf dem Gebiet der Glyphosat-Forschung hätten Studien für den IARC-Bericht ausgewertet. Darunter seien ausgezeichnete Epidemiologen, die genau wüssten, welche Stärken und Schwächen die einzelnen Untersuchungen besitzen und deren Einschätzung daher von besonderem Wert ist. Warum zweifelt man sie an?
- \* Das BfR hingegen agiere namenlos. Es sei nicht bekannt, wer genau die Studien dort geprüft hat: Waren es auch Forscher vom Fach oder – überspitzt formuliert – Sachbearbeiter?
- \* In dem Bericht der Prüfstelle würden drei Studien genannt, die öffentlich weiterhin nicht zugänglich sind. Der Verdacht: Sie wurden von der Industrie gefördert oder lanciert, die Ergebnisse könnten weitgehend unkritisch übernommen worden sein. "Industrie" stehe in diesem Fall für Monsanto. 1971 ließ das Unternehmen Glyphosat als Herbizid patentieren. Allein mit dem Mittel Roundup liegt der Jahresumsatz Schätzungen zufolge bei etwa zwei Milliarden US-Dollar. Mit einer objektiven Prüfung habe die Bewertung daher nichts zu tun. Die Entscheidung des BfR sei werfe zahlreiche Fragen auf, weil sie sich nicht auf Beweise stützt und auf nicht nachvollziehbare Weise gefällt wurde, heißt es in dem Brief.

Ein weiteres Problem: Das BfR hatte betont, sich ausschließlich mit dem reinen Wirkstoff Glyphosat beschäftigen zu dürfen, das sei seine Aufgabe. Laut Christopher Portier, dem Koordinator des offenen Briefs, ist das realitätsblind: "Die vorliegenden Hinweise bei den Glyphosat-Mischungen, denen die Menschen in Wirklichkeit ausgesetzt sind, nicht zu betrachten, ist wissenschaftlich äußerst fragwürdig, ziemlich sinnlos und lässt sich der Öffentlichkeit auch kaum vermitteln." Portier untersucht seit mehr als 30 Jahren die Auswirkungen von Umwelteinflüssen auf die Gesundheit des Menschen.

Mittel, die Glyphosat enthalten, seien mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls karzinogen, schreiben die Autoren weiter. Deshalb seien sie überzeugt, das BfR müsse seine Einschätzung zurückziehen. Die Auswertung der IARC spiegele die wahre Interpretation der verfügbaren Daten wieder. Das Fazit: "Wir bitten Sie eindringlich, die Empfehlung der Efsa zu ignorieren."



**ALINA SCHADWINKEL**

ist Redakteurin im Ressort Wissen. Tauscht sich begeistert mit Freunden via Whatsapp in Echtzeit über die Highlights im Abendprogramm aus.

Adressiert ist der Brief an EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis. Die EU-Kommission muss in Kürze mit den EU-Mitgliedstaaten über die Neuzulassung von Glyphosat für die kommenden zehn Jahre entscheiden. Am 3. und 4. Dezember wird der unter anderem für Pestizide zuständige Ausschuss der Kommission für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel mit Regierungsvertretern aller EU-Staaten tagen. Ein Thema: die Efsa-Empfehlung für Glyphosat.

Am morgigen Dienstag debattiert bereits der Umweltausschuss des Europaparlaments ab 9:00 Uhr in Brüssel über die Zukunft des Pflanzenschutzmittels. Die Diskussion können Sie [hier live verfolgen](#) .

Sollte sich Europa für den weiteren Einsatz von Glyphosat entscheiden, muss es in Deutschland nicht zwangsläufig weiter versprüht werden. So hat die Bundesregierung die Möglichkeit, das Pflanzenschutzmittel nach einem nationalen Zulassungsverfahren zu verbieten.

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2015-11/glyphosat-pflanzenschutzmittel-krebs-risiko>